



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreistagsfraktion Stade

SPD Kreistagsfraktion Stade, Postfach 3140,21670 Stade

An die
Presse im Landkreis Stade

Postanschrift:
21682 Stade, Archivstr.1
Telefon: (04141) 9527-70
Telefax: (04141) 952744
Vorsitzender:
Hans-Uwe Hansen
Telefon: (04161 82983)
Telefax: (04161-82983)
Geschäftsführer:
Heino Baumgarten
e-mail: Heino.Baumgarten@spd.de
www.spd-kreistag-stade.de

05.10.2015

Pressemitteilung

Debatte um Erhöhung der Kreisumlage völlig unnötig!

Die SPD-Kreistagsfraktion Stade hält die heute im Kreistag vom Landrat angestoßene Debatte für eine Erhöhung der Kreisumlage für völlig unnötig. Der Landrat weiß doch genau, dass das Land Niedersachsen mit dem in den nächsten Tagen verabschiedeten Nachtragshaushalt 2015 die Pauschale von bisher 6195 € auf 9.200 € erhöht. Außerdem steht das Land in der Verhandlung mit der AOK für eine Gesundheitskarte. Mit dieser Gesundheitskarte werden die Kommunen nochmal um durchschnittlich 800€/Person entlastet. Faktisch bedeutet dies, dass die Landesregierung den Forderungen der Kommunalen Spitzenverbände nach einer Erhöhung der Pauschale pro Flüchtling auf 10.000€ nachkommt. Außerdem erfolgt die Zahlung durch das Land auf Basis der aktuellen Zahlen, und nicht mehr nach dem Aufwand des Vorjahres. Mit der Aufnahme in den Landeshaushalt werden diese Zahlen verstetigt.

Bezogen auf die vom Landrat genannten zu erwartenden Flüchtlingszahlen von 4.900 Personen bis Ende 2016 ist mit den bereits beschlossenen Neuregelungen der pauschalen Zuschüsse durch das Land eine Erhöhung der Kreisumlage völlig unnötig. Der CDU-nahe Landrat benutzt dieses Thema zur Stimmungsmache gegen die rotgrüne Landesregierung. „Wir verstehen nicht, dass auf dem Rücken der Menschen, die wir aufnehmen müssen, versucht wird, Politik zu machen“, sagte stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Kreistag und Landtagsabgeordnete Petra Tiemann. Dadurch werde ein fatales Signal an die Menschen im Landkreis Stade gesendet, die von der Politik zu Recht erwarten könnten, „dass wir gerade jetzt einfach nur unseren Job machen. Wir haben eine gewaltige Aufgabe vor uns, und wir packen an, um sie zu bewältigen, da brauchen wir solche Nebenschauplätze nicht“.

Vielmehr muss sich der Landrat die Frage stellen, ob der Landkreis die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Landkreis und für die Integration der Flüchtlinge durch weitere Maßnahmen unterstützen kann. Andere Landkreise wie beispielsweise der Landkreis Hameln-Pyrmont haben hier eine sehr viel aktivere Rolle übernommen, statt die Städte und Gemeinden mit einer Erhöhung der Kreisumlage belasten zu wollen.

Heino Baumgarten, Fraktionsgeschäftsführer